



des Reichsgerichts und zwei vom Finanzminister ernannt-  
Belhären des beteiligten Bundes zusammengefasst ist, be-  
trifft sich heute mit einer typischen Beidungsangelegenheit.

### Verklärung des Berliner Zeitungsstreiks.

Die vorerwähnten Zeitungsbesitzer Groß-Berlins erlassen folgende Erklärung:  
„Der Konflikt in den Druckereibetrieben der Berliner Zeitungen hat heute eine sehr bedeutsame Verklärung erfahren. Seit Dienstag hatten die Berliner Zeitungsbesitzer ihre Zeitungen aus Solidarität mit der Firma Wölfe, deren Personal unter Tariflohn in den Streit getreten war, nicht erscheinen lassen. Es tat sich das, obwohl sie in der Hoffnung auf eine Verständigung ihr ganzes Personal unter Beschäftigung in den Betrieben hielten. Die damit verbundenen sehr erheblichen Kosten hatten sie auf sich genommen, um die Wölfe der tarifrechtlichen Belegschaft des Wölfe-Berlags zu vereinen, diesen durch die Konturen der anderen Zeitung unter ihre Fuch zu gewinnen. Dergleichen ist ein Verbandsarbeitsmittel und die Gewerkschaften in eindringlicher Weise für die Wölfeaufnahme der Wölfe der Wölfe-Verbands als das Personal selbst bei seiner Aufnahme. Darauf unternahm die Zeitungsbesitzer einen neuen Versuch, ihre Solidarität mit der bedrängten Firma dadurch zu bekunden, das „Berliner Tageblatt“ in anderen Zeitungsbetrieben hergestellt werden sollte. Von Streikverbot konnte dabei nicht die Rede sein, da die Wölfe-Belegschaft durch das paritätisch festgesetzte Schiedsgericht, also auch mit den Stimmen der Arbeiter, für tarifrechtlich erklärt war. In denjenigen Zeitungsbetrieben, in denen eine Abweisung dieser Arbeit erfolgte, wurde daher wegen unbedeutender Arbeitsverweigerung die stillvolle Entlassung des an der Verteilung der Zeitungen beteiligten Personals ausgesprochen. Der Verein der Berliner Buchdruckermeister hat gleichfalls zur Befreiung seiner Solidarität mit den Zeitungsbesitzern die Kündigung der tarifrechtlichen Belegschaft für die Zeitungsbesitzer war der Entlassung der Entlassung schwer, nicht nur wegen des bisherigen Verhältnisses zu ihrem Personal, sondern auch in der Erwägung der außerordentlich ernsten politischen Lage.  
Aber alle Bedenken mußten zurücktreten hinter der Notwendigkeit, nicht durch den wilden Streit einer geringen Minderheit den Tarifgebote vernichten zu lassen, an dessen Durchsetzung das gesamte Buchdruckerhandwerk — Arbeitgeber und Gewerkschaft — ein Vierteljahrhundert vorwärts für die friedliche Entwicklung aller anderen Gewerbe gekämpft hat.“

### Koloniale Fragen.

Vom Generalmajor a. D. Maerker.

Im Sommer dieses Jahres habe im Volkstanz in Saarbrücken Erörterungen über die Stellung der kolonialpolitischen Union zur ehemaligen deutschen Kolonie Südwestafrika stattgefunden, die nicht nur ein bezeichnendes Licht auf die innerpolitischen Verhältnisse der Union werfen, sondern die uns auch hoffen lassen können, daß es uns gelingen wird, das Deutschum in Südwest lebendig zu erhalten. Der Vizepräsident der Union, General S. M. S., hatte erklärt, daß das Mandat über Südwestafrika, das der Union vom Völkerbund erteilt ist, gleichbedeutend sei mit einer Anerkennung. Folglich habe die Union die volle Regierungsgewalt im Lande und somit auch das Recht der Ausweisung von Deutschen. Von diesem vermeintlichen Recht hat die Union tatsächlich bereits ausgiebigen Gebrauch gemacht. Es sind zahlreiche Farmer und Kaufleute und fast sämtliche Betriebe ausgewiesen worden. Der Führer der Opposition im Völkerbund, General Heine, hat sich demgegenüber energig, daß das Mandat einer Union nicht ist. Zu einer solchen habe die Union kein Recht. Der Deutsche bliebe vielmehr nach dem Friedensvertrage der Besitzer des Landes. Es sei lediglich für unmündig erklärt worden und solle nur durch den Völkerbund, die Union, zur Selbständigkeit erzogen werden. Würde das Mandat tatsächlich als Union angesehen, so gäbe es in der Geschichte keinen größeren internationalen Betrug als diesen.

Es scheint nun, als ob unter dem Druck einer derart scharfen Opposition, die durch die gesamte holländische Presse Südwestafrika unterstützt wird, die Unionsregierung in Südwestafrika mildere Seiten aufzuweisen will als bisher, wo ihre Hand hart auf dem Lande und seinen deutschen Bewohnern lag. Der Vizepräsident des Schiedsgerichts, Sir Fox Smith, der über sehr weiche Beine verfügt, scheint beabsichtigt zu sein, den Deutschen mehr als bisher entgegenzukommen und sie vor unbilligen Maßnahmen zu schützen. Es sind z. B. in letzter Zeit wieder eine ganze Reihe von Einzelverurteilungen an Deutsche erteilt worden, die sich bei Kriegsausbruch in Deutschland befanden. Allerdings geht Hofner bei seinen Maßnahmen von dem Gebante aus, daß Südwestafrika nie wieder deutsches Eigentum werden würde, daß vielmehr ganz Südwestafrika einschließlich Namibia, Rhodesia und Angola einst ein einziges, weiches, von Europa unabhängiger Staat sein werde. Wie sich nun aber auch die Zukunft Südwestafrika gestalten möge, seine deutschen Bewohner denken sich daran, ihr Volkstum aufzugeben. Sie kämpfen darum mit der gleichen Zähigkeit, wie sie die Deutschen des Orangerückes im Kampfe gegen die englische Vergewaltigung gezeigt haben, mit einer Zähigkeit, die unsere Bewunderung, aber auch unsere Achtung erweckt, wenn wir daran denken, wie wild unsere Kolonialpolitiker in der Heimat ihr Volkstum für nichts achteten. Die Leitungen der Südwestafrikaner um die Erhaltung ihrer deutschen Art sind außerordentlich. Da geht ein großer Zug durch das Land mit seiner bis auf 4000 Köpfe zusammengeschlossenen deutschen Bevölkerung, und man erkennt, wie Stürme segnen.“ So erhalten sich z. B. die Kirchengemeinden zum großen Teil selbst, da der Oberpräsident wegen der Luluta nur ungenügend zu den Hauptgebieten beitragen kann. Auch bedrohlich sind die Auswirkungen der Deutschen für die Schwedinnen. Da in den Regierungsschulen des Landes seit der Lebensnahme durch die Mandatregierung nur noch in Englisch und Holländisch unterrichtet wird, waren die Deutschen gezwungen, ganz aus eigenen Mitteln Volksschulen zu errichten, wenn sie ihren Kindern die Muttersprache erhalten wollten. Bei aller Opferbereitschaft aber werden sie die dazu nötigen Mittel nicht in der Dauer nicht aufbringen können. Denn infolge der Wirtschaftskrise der Mandatregierung, die von den wirtschaftlich-kapitalistischen Kapitalisten ganz abhängig zu sein scheint, sind die wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes recht trübe. Es beschleunigt eigenartig, wenn wir hören, daß der Farmer dort gegenwärtig für einen Decker 40 Schilling, für einen Jungochsen 10 und für einen Hammel 6 Schilling erhält. Das tapferste Beispiel, das uns die Kolonialpolitiker geben, hat die kolonialen Vereinigungen der Heimat, die nach dem Friedensschlusse an dem Raube

unserer Kolonien sich nicht mehr so eifrig wie früher betätigt haben, ausgerüstet, und allerorten regte es sich, um das südwestafrikanische Deutschum in seinem Lebenskampfe zu unterstützen. So haben u. a. mehrere Abteilungen der Deutschen Kolonialgesellschaft (darunter auch Halle) die Schulen übernommen, und der Frauenverein vom Roten Kreuz für Deutsche errichtete in Swakopmund ein Waisenhaus für deutsche Waisen.

Zu solchen, von der Welt des Abendlandes geborenen Betätigungen gefell sich zugleich das Schreiben, die koloniale Propaganda erneut aufzunehmen. Manderlei Beweggründe werden dabei mit. Der wichtigste ist wohl der Umstand, daß sich endlich — zu spät — auch in den Arbeitereisen die Erkenntnis durchgesetzt hat, wie nötig es für uns ist, reichere Gebiete zu besitzen, aus denen wir gewerbliche Rohstoffe für unsere Industrie höher und zu Preisen beziehen können, die mit unserer heimischen Volkswirtschaft stehen. Während der ganzen dreißigjährigen ersten Periode der deutschen Kolonialpolitik von 1884 bis 1914 hat die deutsche Arbeiterschaft unter dem Einfluß der sozialistischen Lehren sich gegen diese Erkenntnis gestraut. Den heutigen sozialistischen Kreisen, die sich fast ausschließlich früher aus den Kreisen der Intelligenz rekrutierten, kann der Vorwurf nicht eripart bleiben, daß sie es nicht ernsthaft versucht haben, den Gedanken von der Notwendigkeit deutschen Kolonialbesitzes auch in die Kreise der Arbeiterschaft zu tragen. Diese wurde von ihren Führern bis in die letzten Jahre vor dem Kriege mit falschen Behauptungen von den unvermeidlichen Methoden der deutschen Kolonialpolitik in kolonialfeindlichem Sinne bearbeitet. Daß sich darin jetzt eine Aenderung vollzogen hat, wollen wir mit Genugtuung begrüßen, auch wenn es, wie gelangt, für diesmal zu spät ist. Der Programmwurf der G. V. D. enthält das zutreffende Satz, der zugleich uns, die wir im praktischen Kolonialdienst gestanden haben, Gerechtigkeit zutragen läßt. „Wenn Deutschland durch den Versäler der Krieg seiner Kolonien beraubt wurde mit der Begründung, daß es nach seinen Kolonialmethoden nicht würdig sei, weitere Kolonien zu haben, so ist solche Begründung die heuchlerische Maschierung einfachen Kolonialraubes.“

Auch ein politischer Grund drängt uns dazu, die koloniale Propaganda wieder aufzunehmen. Das ist die Gefahr, die darin liegt, daß unser Volk, das sich jetzt fast ausschließlich mit innerpolitischen Dingen und mit solchen Gegenständen der Außenpolitik befaßt, die sich in Europa abspielen, den Blick für das verliert, was jenseits der Weltmeere vorgeht. Dort werden gegenwärtig Probleme aufgeworfen, die bedeutsamer das Verhältnis der europäischen Völker untereinander sind, als die Naturpolitik, die wir keinesfalls unbeachtet lassen dürfen, weil wir dereinst an ihnen mitkämpfen werden. Eine Revision des Versailler Vertrages in erster Linie eine Aenderung der über unsere Kolonien getroffenen Bestimmungen bringen, die insolge ihrer inneren Unwahrscheinlichkeit von vielen für unhaltbar erachtet werden. Bei dem Beispiel Guatana Hernandez müßte eingegriffen. Ich sehe eine Müdigkeit oder Kompensation des früheren kolonialen Besitzes Deutschlands voraus, daß eine solche eher Frankreich zugemutet werden kann als den englischen Dominions, gebe ich ebenfalls zu. Wenn dieser Fall eintritt, dann müssen wir mit den eben genannten Problemen vertraut sein. Wir müssen, sobald sich uns wieder einmal die Vorzeichen zur weiten Welt öffnen, gefaßt und bereit sein, die Ausreise mit Erfolg unternehmen zu können. Dazu gehört auch, daß wir ebeno dafür sorgen, daß die große Summe kolonialer Erfahrung, die sich Hunderte von Beamten, Offizieren, Kaufleuten, Missionären, Farmern usw. erworben haben, nicht verloren geht, wie das wir uns in erster Arbeit über alle Fehler klar werden, die wir naturgemäß in der ersten Periode unserer kolonialen Betätigung gemacht haben.

Das alles drängt bereits die Kolonialpropaganda erneut zu betreiben. Dazu macht sich, von den alten Kolonialpolitikern ausgehend, das Schreiben geltend, die Stoffkraft des kolonialen Gedankens zu vermehren, indem der Zerfall der vertriebenen kolonialen Vereine, die letzten Endes auf das gleiche Ziel hinarbeiten, durch Zusammenfassung in einen besonderen Ausschuss für koloniale Einheit gebildet, der solche Zusammenfassungen einleiten in der Form von Arbeitsgemeinschaften betreibt. Auch in Halle haben sich bekanntlich alle Vereine mit gleichlaufenden Betätigungen zu einer solchen Arbeitsgemeinschaft zusammengefunden. Die Betätigung in parteipolitischen Fragen ist hierbei selbstverständlich von vornherein ausgeschlossen.

### Halle und Umgebung.

Halle, den 22. Oktober 1921.

### Protest der mitteldeutschen Handelskammern

Der Verband mitteldeutscher Handelskammern, der die Handelskammern Altenburg S.-M., Arnstadt i. Th., Brandenburg a. S., Braunschweig, Kassel, Korbitz, Dessau, Erfurt, Frankfurt a. S., Gotha, Halberstadt, Halle, Jildburgshausen, Hildesheim, Magdeburg, Meiningen, Mühlhausen i. Thür., Nordhausen, Rudolstadt, Saalfeld, Sonneberg S.-M., Sora u. B. und Weimar umfasst, hat in seiner Präsidialkonferenz am Dienstag, dem 18. Oktober, in Halle einstimmig folgende Erklärung

„Der Verband mitteldeutscher Handelskammern tagt unter dem erschütternden Eindruck der ungerechten und wirtschaftlich verhängnisvollen Entscheidung über das Schicksal Oberschleusens. Die besagten Beschlüsse dieser Entscheidung werden die Welt weit über Deutschlands Grenzen hinaus in Mitleidenhaftigkeit ziehen. Die für die ganze Welt lebenswichtigen Gebirgswege des deutschen Wirtschaftslebens sind empfindlich verzögert, wenn nicht ganz und gar verindert werden, und der friedlichen Verhandlung der Völker sind neue Schwierigkeiten in den Weg gesetzt.“

„Als Deutsche müssen wir dem von uns als Vergeßlichkeit empfundenen Spruch unsere innere Zustimmung verweigern und wir werden die Zusammengehörigkeit mit den gesamtdeutschen und gesamtdeutschen Zusammengehörigen nicht verweigern.“

### Der Schiffsverkehr auf der Saale.

Wie berichtet, unglücklich, daß die Kettenstrecke auf der Saale nunmehr dauernd ausgesetzt ist. Die Besetzung der Kette, die Vereinigten Schiffahrtsgesellschaften A.-G. Dresden, habe den Betrieb, da er nicht mehr lohnte, ausgesetzt. Wir konnten leider berichten, daß die Reederei der

Schiffahrt A.-G. in Halle wohl mit Rücksicht auf die gegenwärtige Lage einen neuen großen Schraubendampfer in Dienst stellen wollte und zum Zwecke des Anlaufes des Dampfere ihr Kapital verlegen werde. Der Vollständigkeit halber sei berichtet, daß auch die neue deutsch-schiffahrtliche Gesellschaft A.-G. Abteilung Halle die Schiffsahrtsgesellschaft A.-G. in Halle, deren Vertretung der deutsche Schiffahrtswort hier in Halle in Händen hat, nach wie vor einen Schiffahrtswort von Hamburg nach Halle und zurück sowie nach und von Saalegebietsorten unterhält.

Die Gesellschaft verfügt über 5 Eildampfer unter eigene Kraftstoffe. Mit Rücksicht auf die derzeitigen unglücklichen Verhältnisse kann jedoch der Schiffahrtswort nur unter erheblichen Opfern aufrechterhalten werden. Die Gesellschaft tut aber ebenfalls alles, um der gegenwärtigen Verhältnisse soweit als irgend möglich zu weichen. Der Wasserweg ist selbstverständlich immer noch zu empfehlen, zumal in Hamburg ein derartiger Wagenmangel herrscht, daß für Güter mitunter gar keine oder nur sehr spät Waggonen gefüllt werden können. Jedemfalls ist festgelegt, daß die Schiffahrtsgesellschaften bemüht sind, soweit es die Verhältnisse gestatten, und der zur Verfügung stehende Schiffsraum ausfüllt, eine prompte Expedition durchzuführen.

Der Bund freie Volkstische hält seine Hauptversammlung Montag, den 24. Oktober, abends 8 Uhr, in der Börse (Markt) 11. a. wird W. G. Geibel einen Bericht über die Verfassung gebende Kirchenversammlung erstatten.

### Sport der „Saale-Zeitung“.

Die allgemeine Sportliche Heberheit

über die sportlichen Ereignisse in Halle und dem übrigen Deutschland erscheint von jetzt ab erst in unserer Sonntag Morgen-Ausgabe.

### Der Sport am Sonntag.

Der vorletzte Sonntag des Vereins für Hindernisrennen in Karlsruhe verpflcht in sportlicher Hinsicht bei Gutes. Das größte Interesse wendet sich dem Großen Hindernisrennen zu, in dem so schnelle Reiter wie Ritterpöppel, Radlo, Fustanella, Wöberstand, Vuchgerin, Einhart und Memento aufeinanderbeziehen. Der Silberfänger Fustanella werden die letzten Sprünge die weitesten Spürerleistungen machen und, da sie stets eine sabelhafte Endgeschwindigkeit besitzt, wird sie sicher ein erstes Wort mitbringen. Von den übrigen gefällig vor allem Ritterpöppel, der wohl am besten dazu berufen scheint, Fustanella zu schlagen. Im Helden-Gedächtnis-Mann wird der Zuschauer ein altes Friedensbild vor Augen geführt, da alle Fahrer unter den Farben ihrer früheren Regimenter in den Sattel steigen. Aus der starken Bewerberzahl greifen vier Maladi, Erich G., Steirberger, Erus und Galtsch 11 als die Ausführenden heraus und glauben, daß Maladi gegen Erus gewinnen wird. Der Schluß in Rdn fest mit wenigen Ausnahmen hat nur die westfälischen Güte unter sich. Im Bezirk-Rennen sind Charlotte II., Raubfisch, Teufel und Ophida die besten Kandidaten auf den Sieg. Ebenso wie in Rdn wird auch in München-Rdn die dreifache Veranlassung und damit zugleich die Saison befristet. Auch hier ist auf der ganzen Linie guter Sport zu erwarten. — Im Halbpost herrscht noch einmal Hochbetrieb. An nicht weniger als sieben größeren Plätzen werden sich die Fahrer des Jenseits gegenüberziehen. Den besten Sport dürfte es in Berlin-Treptow geben, wo im Zweifelsfall Ritterpöppel, Fustanella, Memento, Siegfried und Savall um den Sieg streiten. Hannover sieht im Großen Herbst-Preis über eine Stunde Saldow, Krupat, Poole und Hoffmann am Start. Saarbücken hat für die Dauerrennen über 100 Kilometer Bauer, Weig, G. Müller und Ausdauer engagiert. Der Schmitzger Jungmann hat den deutschen Meister Wittig zu einem Kampfe geordert, der auf der Dresdener Bahn entschieden wird. Der Straßenfahrer Wörger startet gegen Schreibe und Ester in Mainz. In Weiskensfeld gehen in den Dauerrennen Schendel, Brummert und Geert an der Molen und in Wnkter kennt Wilmann mit den Amerikaner Gaudorf und Scheer die Ringer. — Im Fußball-Land-Buch im Norddeutsche des Interesses. Die mitteldeutsche Elf wird hier einen höheren Stand haben und alles aus sich herausgeben müssen, um ebenfalls abzuschneiden. — In der Leichtathletik beginnt die Zeit der Wettkämpfe. Der S. C. Charlottenburg bringt ein Halbstaffelrennen und gehen mit Star und Hjal auf seinem Platz in Witten auf. Die Turner versammelt sich im Berliner Sportplatz zum 2. Städtekampf Hamburg gegen Berlin in Kusturnen. Bei der Güte der Hamburger Turner wird es den Berliner kaum möglich sein, einen zweiten Sieg Hamburgs zu verhindern. — Der Schwimmring wartet mit nationalen Wettkämpfen in Halberstadt auf, die aus Mitteldeutschland ein außerordentliches Besetzung erhalten haben.

### Provinzial-Nachrichten.

(1) Merseburg, 22. Oktober. (Bergräberende Feuerbrunst.) Auf dem Rittergut Creupau bei Merseburg brach ein gewaltiges Feuer sämtliche Scheunen und Stallungen. Nur das Wohnhaus und das Vieh konnte gerettet werden. Alle Wirtschaftsgüter und die großen Ernteverluste wurden ein Raub der Flammen. Der Schaden übersteigt weit eine Million. Wie amtlich festgestellt ist, ist das Feuer angelegt durch einen entlassenen Anwalt namens Rudolf Ader aus Leipzig, der von der Gutswirtschaft wieder entlassen wurde, weil er keine Papiere besaß. Der größere Teil des Schadens ist durch Versicherung gedeckt.

(2) Eisenberg, 21. Okt. (Kartoffelverfälschung in S. A. S. A.) Ein Eisenberger Tageblatt louchen unter der Aufsicht „Schurken“ im Gebrauch die Namen vieler Firmen veröffentlicht, die den niedrigen Stand der deutschen Volkswirtschaft haben, um insgesamt 11 000 Zentner Kartoffeln aus dem besetzten rdnischen Gebiet ins wirtschaftlich einträgliche Ausland einzuführen. Es handelt sich um die Firmen Mond u. Co. in Laagen und die Firma Banz in Rdn. Die erste hat 8000 Zentner Kartoffeln nach Belgien, die zweite 5000 Zentner nach Frankreich verschoben.

**Trotz dauernder Preissteigerung** verläßt die merseburger Saale aus ungeheuren deutschen Fabriken, hergestellt aus obersten Rohmaterial, zu allen Preisen.  
**C. Klappenbach, St. Ulrichstraße 41.**